

CARL SCHMITT

Der Begriff des Politischen

Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien

9., korrigierte Auflage



7s 217/00016



Duncker & Humblot · Berlin

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
Die Herausforderung (9–12); Versuch einer Antwort (12–16); Weiterführung der Antwort (16–18).	
Der Begriff des Politischen (Text von 1932)	19
1. Staatlich und Politisch (19–25); 2. Die Unterscheidung von Freund und Feind als Kriterium des Politischen (25–26); 3. Krieg als Erscheinungsform der Feindschaft (27–35); 4. Der Staat als Form der politischen Einheit, durch den Pluralismus in Frage gestellt (35–42); 5. Die Entscheidung über Krieg und Feind (42–50); 6. Die Welt ist keine politische Einheit, sondern ein politisches Pluriversum (50–54); 7. Anthropologischer Ansatz politischer Theorien (55–63); 8. Entpolitisierung durch die Polarität von Ethik und Oekonomie (63–72).	
Das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen	73
1. Die Stufenfolge der wechselnden Zentralgebiete (74–80); 2. Die Stufen der Neutralisierung und Entpolitisierung (81–87).	
Nachwort zu der Ausgabe von 1932	88
Corollarien	89
1. Übersicht über die verschiedenen Bedeutungen und Funktionen des Begriffes der innerpolitischen Neutralität des Staates (1931) (89–93); 2. Über das Verhältnis der Begriffe Krieg und Feind (1938) (94–102); 3. Übersicht über nicht staatsbezogene Möglichkeiten und Elemente des Völkerrechts (103–106).	
Hinweise	107
Personenverzeichnis	117

3.

Die Begriffe Freund und Feind sind in ihrem konkreten, existentiellen Sinn zu nehmen, nicht als Metaphern oder Symbole, nicht vermischt und abgeschwächt durch ökonomische, moralische und andere Vorstellungen, am wenigsten in einem privat-individualistischen Sinne psychologisch als Ausdruck privater Gefühle und Tendenzen. Sie sind keine normativen und keine „rein geistigen“ Gegensätze. Der Liberalismus hat in einem für ihn typischen (unter 8 näher zu behandelnden) Dilemma von Geist und Ökonomik den Feind von der Geschäftsseite her in einen Konkurrenten, von der Geistseite her in einen Diskussionsgegner aufzulösen versucht. Im Bereich des Ökonomischen gibt es allerdings keine Feinde, sondern nur Konkurrenten, in einer restlos moralisierten und ethisierten Welt vielleicht nur noch Diskussionsgegner. Ob man es aber für verwerflich hält oder nicht und vielleicht einen atavistischen Rest barbarischer Zeiten darin findet, daß die Völker sich immer noch wirklich nach Freund und Feind gruppieren, oder hofft, die Unterscheidung werde eines Tages von der Erde verschwinden, ob es vielleicht gut und richtig ist, aus erzieherischen Gründen zu fingieren, daß es überhaupt keine Feinde mehr gibt, alles das kommt hier nicht in Betracht. Hier handelt es sich nicht um Fiktionen und Normativitäten, sondern um die seinsmäßige Wirklichkeit und die reale Möglichkeit dieser Unterscheidung. Man kann jene Hoffnungen und erzieherischen Bestrebungen teilen oder nicht; daß die Völker sich nach dem Gegensatz von Freund und Feind gruppieren, daß dieser Gegensatz auch heute noch wirklich und für jedes politisch existierende Volk als reale Möglichkeit gegeben ist, kann man vernünftigerweise nicht leugnen.

Feind ist also nicht der Konkurrent oder der Gegner im allgemeinen. Feind ist auch nicht der private Gegner, den man unter Antipathiegefühlen haßt. Feind ist nur eine wenigstens eventuell, d. h. der realen Möglichkeit nach *kämpfende* Gesamtheit von Menschen, die einer ebensolchen Gesamtheit gegenübersteht. Feind ist nur der *öffentliche* Feind, weil alles, was auf eine solche Gesamtheit von Menschen, insbesondere auf ein ganzes Volk Bezug hat, dadurch *öffentlich* wird. Feind ist *hostis*, nicht *inimicus* im weiteren Sinne; *πολέμιος*, nicht *ἐχθρός*⁵.

⁵ Bei Platon, *Politeia* Buch V, Cap. XVI, 470 ist der Gegensatz von *πολέμιος* und *ἐχθρός* sehr stark betont, aber mit dem anderen Gegensatz von *πόλεμος* (Krieg) und *στάσις* (Aufruhr, Erhebung, Rebellion; Bürgerkrieg) verbunden. Für Platon ist

Die deutsche Sprache, wie auch andere Sprachen, unterscheidet nicht zwischen dem privaten und dem politischen „Feind“, so daß hier viele Mißverständnisse und Fälschungen möglich sind. Die viel zitierte Stelle „Liebet eure Feinde“ (Matth. 5,44 Luk. 6,27) heißt „diligite inimicos vestros“, ἀγαπάτε τοὺς ἐχθροὺς ὑμῶν, und nicht: diligite hostes vestros; vom politischen Feind ist nicht die Rede. Auch ist in dem tausendjährigen Kampf zwischen Christentum und Islam niemals ein Christ auf den Gedanken gekommen, man müsse aus Liebe zu den Sarazänen oder den Türken Europa, statt es zu verteidigen, dem Islam ausliefern. Den Feind im politischen Sinne braucht man nicht persönlich zu hassen, und erst in der Sphäre des Privaten hat es einen Sinn, seinen „Feind“, d. h. seinen Gegner, zu lieben. Jene Bibelstelle berührt den politischen Gegensatz noch viel weniger, als sie etwa die Gegensätze von Gut und Böse oder Schön und Häßlich aufheben will. Sie besagt vor allem nicht, daß man die Feinde seines Volkes lieben und gegen sein eigenes Volk unterstützen soll.

Der politische Gegensatz ist der intensivste und äußerste Gegensatz und jede konkrete Gegensätzlichkeit ist um so politischer, je mehr sie sich dem äußersten Punkte, der Freund-Feindgruppierung, nähert. *Innerhalb* des Staates als einer organisierten politischen Einheit, die als Ganzes für sich die Freund-Feindentscheidung trifft, außerdem *neben* den primär politischen Entscheidungen und im Schutz der getroffenen Entscheidung ergeben sich zahlreiche *sekundäre* Begriffe von „politisch“. Zunächst mit Hilfe der oben unter 1 behandelten Gleichsetzung von politisch und staatlich. Sie bewirkt es, daß man z. B. eine „staatspolitische“ Haltung der parteipolitischen entgegenstellt, daß man von Religionspolitik, Schulpolitik, Kommunalpolitik, Sozialpolitik usw. des Staates selbst sprechen kann. Doch bleibt auch hier stets ein – durch die Existenz der alle Gegensätze umfassenden politischen Ein-

nur ein Krieg zwischen Hellenen und Barbaren (die „von Natur Feinde“ sind) wirklich Krieg, dagegen sind für ihn die Kämpfe zwischen Hellenen *στάσεις* (von Otto Apelt, in der Übersetzung der Philosoph. Bibliothek Bd. 80, S. 208 mit „Zwietracht“ übersetzt). Hier ist der Gedanke wirksam, daß ein Volk nicht gegen sich selbst Krieg führen könne und ein „Bürgerkrieg“ nur Selbstzerfleischung, nicht aber vielleicht Bildung eines neuen Staates oder gar Volkes bedeute. – Für den Begriff *hostis* wird meistens die Digestenstelle 50, 16, 118 des Pomponius zitiert. Die deutlichste Definition findet sich mit weiteren Belegen in Forcellinis Lexicon totius Latinitatis III, 320 und 511: *Hostis is est cum quo publice bellum habemus ... in quo ab inimico differt, qui est is, quocum habemus privata odia. Distingui etiam sic possunt, ut inimicus sit qui nos odit; hostis qui oppugnat.*

heit c
inner
Schli
sitäre
von c
antag
Prakt
barst
aber
Wese
Sprac
des „

Ar
täglich
und
lichk
letzt
Freu
schei
Repu
solu
ständ
Wor

6 S
„sozi
den /
empf
eine l

7 M
hat d
krati
staat

8 J
lich,
dung
Ang
kenn
der /
bede
S. 97
Die
Bene

heit des Staates allerdings relativierter – Gegensatz und Antagonismus innerhalb des Staates für den Begriff des Politischen konstitutiv⁶. Schließlich entwickeln sich noch weiter abgeschwächte, bis zum *Parasitären* und Karikaturhaften entstellte Arten von „Politik“, in denen von der ursprünglichen Freund-Feindgruppierung nur noch irgendein antagonistisches Moment übriggeblieben ist, das sich in Taktiken und Praktiken aller Art, Konkurrenzen und Intrigen äußert und die sonderbarsten Geschäfte und Manipulationen als „Politik“ bezeichnet. Daß aber in der Bezugnahme auf eine konkrete Gegensätzlichkeit das Wesen politischer Beziehungen enthalten ist, bringt der landläufige Sprachgebrauch selbst dort noch zum Ausdruck, wo das Bewußtsein des „Ernstfalles“ ganz verlorenging.

An zwei ohne weiteres festzustellenden Phänomenen wird das alltäglich sichtbar. *Erstens* haben alle politischen Begriffe, Vorstellungen und Worte einen *polemischen* Sinn; sie haben eine konkrete Gegensätzlichkeit im Auge, sind an eine konkrete Situation gebunden, deren letzte Konsequenz eine (in Krieg oder Revolution sich äußernde) Freund-Feindgruppierung ist, und werden zu leeren und gespenstischen Abstraktionen, wenn diese Situation entfällt. Worte wie Staat, Republik⁷, Gesellschaft, Klasse, ferner: Souveränität, Rechtsstaat, Absolutismus, Diktatur, Plan, neutraler oder totaler Staat usw. sind unverständlich, wenn man nicht weiß, wer in concreto durch ein solches Wort getroffen, bekämpft, negiert und widerlegt werden soll⁸. Der po-

⁶ So gibt es eine „Sozialpolitik“ erst, seitdem eine politisch beachtliche Klasse ihre „sozialen“ Forderungen erhob; die Wohlfahrtspflege, die man in früheren Zeiten den Armen und Elenden angedeihen ließ, wurde nicht als sozialpolitisches Problem empfunden und hieß auch nicht so. Ebenso gab es eine Kirchenpolitik nur da, wo eine Kirche als politisch beachtlicher Gegenspieler vorhanden war.

⁷ Macchiavelli nennt z. B. alle Staaten Republiken, die *nicht* Monarchien sind; er hat dadurch die Definition bis heute bestimmt. Richard Thoma definiert die Demokratie als *Nicht-Privilegienstaat*, wodurch alle Nicht-Demokratien zu Privilegienstaaten erklärt werden.

⁸ Auch hier sind zahlreiche Arten und Grade des polemischen Charakters möglich, doch bleibt das wesentlich Polemische der politischen Wort- und Begriffsbildung stets erkennbar. Terminologische Fragen werden dadurch zu hochpolitischen Angelegenheiten; ein Wort oder ein Ausdruck kann gleichzeitig Reflex, Signal, Erkennungszeichen und Waffe einer feindlichen Auseinandersetzung sein. Ein Sozialist der Zweiten Internationale, Karl Renner, nennt z. B. (in einer wissenschaftlich sehr bedeutenden Untersuchung der „Rechtsinstitute des Privatrechts“, Tübingen 1929, S. 97) die Miete, die der Mieter dem Hauseigentümer zu zahlen hat, einen „Tribut“. Die meisten deutschen Rechtslehrer, Richter und Anwälte würden eine solche Benennung als eine unzulässige „Politisierung“ privatrechtlicher Beziehungen und

heit des Staates allerdings relativierter – Gegensatz und Antagonismus innerhalb des Staates für den Begriff des Politischen konstitutiv⁶. Schließlich entwickeln sich noch weiter abgeschwächte, bis zum *Parasitären* und Karikaturhaften entstellte Arten von „Politik“, in denen von der ursprünglichen Freund-Feindgruppierung nur noch irgendein antagonistisches Moment übriggeblieben ist, das sich in Taktiken und Praktiken aller Art, Konkurrenzen und Intrigen äußert und die sonderbarsten Geschäfte und Manipulationen als „Politik“ bezeichnet. Daß aber in der Bezugnahme auf eine konkrete Gegensätzlichkeit das Wesen politischer Beziehungen enthalten ist, bringt der landläufige Sprachgebrauch selbst dort noch zum Ausdruck, wo das Bewußtsein des „Ernstfalles“ ganz verlorenging.

An zwei ohne weiteres festzustellenden Phänomenen wird das alltäglich sichtbar. *Erstens* haben alle politischen Begriffe, Vorstellungen und Worte einen *polemischen* Sinn; sie haben eine konkrete Gegensätzlichkeit im Auge, sind an eine konkrete Situation gebunden, deren letzte Konsequenz eine (in Krieg oder Revolution sich äußernde) Freund-Feindgruppierung ist, und werden zu leeren und gespenstischen Abstraktionen, wenn diese Situation entfällt. Worte wie Staat, Republik⁷, Gesellschaft, Klasse, ferner: Souveränität, Rechtsstaat, Absolutismus, Diktatur, Plan, neutraler oder totaler Staat usw. sind unverständlich, wenn man nicht weiß, wer in concreto durch ein solches Wort getroffen, bekämpft, negiert und widerlegt werden soll⁸. Der po-

⁶ So gibt es eine „Sozialpolitik“ erst, seitdem eine politisch beachtliche Klasse ihre „sozialen“ Forderungen erhob; die Wohlfahrtspflege, die man in früheren Zeiten den Armen und Elenden angedeihen ließ, wurde nicht als sozialpolitisches Problem empfunden und hieß auch nicht so. Ebenso gab es eine Kirchenpolitik nur da, wo eine Kirche als politisch beachtlicher Gegenspieler vorhanden war.

⁷ Macchiavelli nennt z. B. alle Staaten Republiken, die *nicht* Monarchien sind; er hat dadurch die Definition bis heute bestimmt. Richard Thoma definiert die Demokratie als *Nicht-Privilegienstaat*, wodurch alle Nicht-Demokratien zu Privilegienstaaten erklärt werden.

⁸ Auch hier sind zahlreiche Arten und Grade des polemischen Charakters möglich, doch bleibt das wesentlich Polemische der politischen Wort- und Begriffsbildung stets erkennbar. Terminologische Fragen werden dadurch zu hochpolitischen Angelegenheiten; ein Wort oder ein Ausdruck kann gleichzeitig Reflex, Signal, Erkennungszeichen und Waffe einer feindlichen Auseinandersetzung sein. Ein Sozialist der Zweiten Internationale, Karl Renner, nennt z. B. (in einer wissenschaftlich sehr bedeutenden Untersuchung der „Rechtsinstitute des Privatrechts“, Tübingen 1929, S. 97) die Miete, die der Mieter dem Hauseigentümer zu zahlen hat, einen „Tribut“. Die meisten deutschen Rechtslehrer, Richter und Anwälte würden eine solche Benennung als eine unzulässige „Politisierung“ privatrechtlicher Beziehungen und

lemische Charakter beherrscht vor allem auch den Sprachgebrauch des Wortes „politisch“ selbst, gleichgültig, ob man den Gegner als „unpolitisch“ (im Sinne von weltfremd, das Konkrete verfehlend) hinstellt, oder ob man ihn umgekehrt als „politisch“ disqualifizieren und denunzieren will, um sich selbst als „unpolitisch“ (im Sinne von rein sachlich, rein wissenschaftlich, rein moralisch, rein juristisch, rein ästhetisch, rein ökonomisch, oder auf Grund ähnlicher polemischer Reinheiten) über ihn zu erheben. *Zweitens*: In der Ausdrucksweise der innerstaatlichen Tagespolemik wird „politisch“ heute oft gleichbedeutend mit „parteilich“ gebraucht; die unvermeidliche „Unsachlichkeit“ aller politischen Entscheidungen, die nur der Reflex der allem politischen Verhalten immanenten Freund-Feindunterscheidung ist, äußert sich dann in den kümmerlichen Formen und Horizonten der parteipolitischen Stellenbesetzung und Pfründen-Politik, die daraus entstehende Forderung einer „Entparteilichung“ bedeutet nur Überwindung des Parteilichens usw. Die Gleichung: politisch = parteilich ist möglich, wenn der Gedanke einer umfassenden, alle innerpolitischen Parteien und ihre Gegensätzlichkeiten relativierenden politischen Einheit (des „Staates“) seine Kraft verliert und infolgedessen die inner-

als eine Störung der „rein juristischen“, „rein rechtlichen“, „rein wissenschaftlichen“ Erörterung ablehnen, weil für sie die Frage „positivrechtlich“ entschieden ist und die darin liegende politische Entscheidung des Staates von ihnen anerkannt wird. Umgekehrt: zahlreiche Sozialisten der Zweiten Internationale legen Wert darauf, daß man die Zahlungen, zu welchen das bewaffnete Frankreich das entwaffnete Deutschland zwingt, *nicht* als „Tribute“ bezeichnet, sondern nur von *Reparationen* spricht. „Reparationen“ scheint juristischer, rechtlicher, friedlicher, unpolemischer und unpolitischer zu sein als „Tribute“. Näher betrachtet ist „Reparationen“ aber noch intensiver polemisch und daher auch politisch, weil dieses Wort ein juristisches und sogar moralisches Unwerturteil politisch benützt, um den besiegten Feind durch die erzwungenen Zahlungen gleichzeitig einer rechtlichen und moralischen Disqualifikation zu unterwerfen. Heute ist die Frage, ob man „Tribute“ oder „Reparationen“ sagen soll, in Deutschland zum Thema eines innerstaatlichen Gegensatzes geworden. In früheren Jahrhunderten gab es eine in gewissem Sinne umgekehrte Kontroverse zwischen dem deutschen Kaiser (König von Ungarn) und dem türkischen Sultan darüber, ob das, was der Kaiser dem Türken zu zahlen hatte, „Pension“ oder „Tribut“ war. Hier legte der Schuldner Wert darauf, daß er nicht Tribut, sondern „Pension“ zahle, der Gläubiger dagegen, daß es „Tribut“ wäre. Damals waren die Worte, wenigstens in den Beziehungen zwischen Christen und Türken, anscheinend offener und sachlicher und die juristischen Begriffe vielleicht noch nicht in gleichem Maße zu politischen Zwangsinstrumenten geworden wie heute. Doch fügt Bodinus, der diese Kontroverse erwähnt (Les six livres de la République, 2. Ausgabe 1580, S. 784), hinzu: meistens wird auch die „Pension“ nur bezahlt, um sich nicht vor anderen Feinden, sondern vor allem vor dem Protektor selbst zu schützen und sich von einer Invasion loszukaufen (pour se racheter de l'invasion).

staa
sam
inne
poli
„in
auß
waf
Kar
che
Inn
org
den
I
ger
lige
der
Ka
wa
der
ist,
del
ein
Kc
da
me
„K
Fe
de
be
ßi
ru
zu
zu
so
bl
ha
ül
k

staatlichen Gegensätze eine stärkere Intensität erhalten als der gemeinsame außenpolitische Gegensatz gegen einen anderen Staat. Wenn innerhalb eines Staates die parteipolitischen Gegensätze restlos „die“ politischen Gegensätze geworden sind, so ist der äußerste Grad der „innerpolitischen“ Reihe erreicht, d. h. die innerstaatlichen, nicht die außenpolitischen Freund- und Feindgruppierungen sind für die bewaffnete Auseinandersetzung maßgebend. Die reale Möglichkeit des Kampfes, die immer vorhanden sein muß, damit von Politik gesprochen werden kann, bezieht sich bei einem derartigen „Primat der Innenpolitik“ konsequenterweise nicht mehr auf den Krieg zwischen organisierten Völkereinheiten (Staaten oder Imperien), sondern auf den *Bürgerkrieg*.

Denn zum Begriff des Feindes gehört die im Bereich des Realen liegende Eventualität eines Kampfes. Bei diesem Wort ist von allen zufälligen, der geschichtlichen Entwicklung unterworfenen Änderungen der Kriegs- und Waffentechnik abzusehen. Krieg ist bewaffneter Kampf zwischen organisierten politischen Einheiten, Bürgerkrieg bewaffneter Kampf innerhalb einer (dadurch aber problematisch werdenden) organisierten Einheit. Das Wesentliche an dem Begriff der Waffe ist, daß es sich um ein Mittel physischer Tötung von Menschen handelt. Ebenso wie das Wort Feind, ist hier das Wort Kampf im Sinne einer seinsmäßigen Ursprünglichkeit zu verstehen. Es bedeutet nicht Konkurrenz, nicht den „rein geistigen“ Kampf der Diskussion, nicht das symbolische „Ringens“, das schließlich jeder Mensch irgendwie immer vollführt, weil nun einmal das ganze menschliche Leben ein „Kampf“ und jeder Mensch ein „Kämpfer“ ist. Die Begriffe Freund, Feind und Kampf erhalten ihren realen Sinn dadurch, daß sie insbesondere auf die reale Möglichkeit der physischen Tötung Bezug haben und behalten. Der Krieg folgt aus der Feindschaft, denn diese ist seinsmäßige Negierung eines anderen Seins. Krieg ist nur die äußerste Realisierung der Feindschaft. Er braucht nichts Alltägliches, nichts Normales zu sein, auch nicht als etwas Ideales oder Wünschenswertes empfunden zu werden, wohl aber muß er als reale Möglichkeit vorhanden bleiben, solange der Begriff des Feindes seinen Sinn hat.

Es ist also keineswegs so, als wäre das politische Dasein nichts als blutiger Krieg und jede politische Handlung eine militärische Kampfhandlung, als würde ununterbrochen jedes Volk jedem anderen gegenüber fortwährend vor die Alternative Freund oder Feind gestellt, und könnte das politisch Richtige nicht gerade in der Vermeidung des Krie-

ges liegen. Die hier gegebene Definition des Politischen ist weder bellizistisch oder militaristisch, noch imperialistisch, noch pazifistisch. Sie ist auch kein Versuch, den siegreichen Krieg oder die gelungene Revolution als „soziales Ideal“ hinzustellen, denn Krieg oder Revolution sind weder etwas „Soziales“ noch etwas „Ideales“⁹. Der militärische Kampf selbst ist, für sich betrachtet, nicht die „Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln“, wie das berühmte Wort von Clausewitz meistens unrichtig zitiert wird¹⁰, sondern hat, als Krieg, seine eigenen, strategischen, taktischen und anderen Regeln und Gesichtspunkte, die aber sämtlich voraussetzen, daß die politische Entscheidung, wer der Feind ist, bereits vorliegt. Im Kriege treten sich die Gegner meistens offen als solche entgegen, normalerweise sogar durch eine „Uniform“ gekennzeichnet, und die Unterscheidung von Freund und Feind ist deshalb kein politisches Problem mehr, das der kämpfende Soldat zu lösen

⁹ Rudolf Stammers neukantianisch begründeter These, daß die „Gemeinschaft frei wollender Menschen“ das „soziale Ideal“ sei, hat Erich Kaufmann (Das Wesen des Völkerrechts und die clausula rebus sic stantibus, 1911, S. 146) den Satz entgegengestellt: „Nicht die Gemeinschaft frei wollender Menschen, sondern der siegreiche Krieg ist das soziale Ideal: der siegreiche Krieg als das letzte Mittel zu jenem obersten Ziel“ (Teilnahme des Staates an und Selbstbehauptung in der Weltgeschichte). Dieser Satz übernimmt die typisch neukantianisch-liberale Vorstellung „soziales Ideal“, für welche aber Kriege, auch siegreiche Kriege, etwas ganz Inkommensurables und Inkompatibles sind, und kopuliert das mit der Vorstellung des „siegreichen Krieges“, die in der Welt hegelianisch-rankeischer Geschichtsphilosophie beheimatet ist, in der es wiederum keine „sozialen Ideale“ gibt. So bricht die beim ersten Eindruck frappante Antithese in zwei disparate Teile auseinander, und auch die rhetorische Nachdrücklichkeit eines schlagenden Kontrastes kann die strukturelle Inkohärenz nicht verdecken und den gedanklichen Bruch nicht heilen.

¹⁰ Clausewitz (Vom Kriege, III. Teil, Berlin 1834, S. 140) sagt: „Der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel.“ Der Krieg ist für ihn ein „bloßes Instrument der Politik“. Das ist er allerdings auch, aber seine Bedeutung für die Erkenntnis des Wesens der Politik ist damit noch nicht erschöpft. Genau betrachtet ist übrigens bei Clausewitz der Krieg nicht etwa eines von vielen Instrumenten, sondern die „ultima ratio“ der Freund- und Feindgruppierung. Der Krieg hat seine eigene „Grammatik“ (d. h. militär-technische Sondergesetzlichkeit), aber die Politik bleibt sein „Gehirn“, er hat keine „eigene Logik“. Diese kann er nämlich nur aus den Begriffen Freund und Feind gewinnen, und diesen Kern alles Politischen offenbart der Satz S. 141: „Gehört der Krieg der Politik an, so wird er ihren Charakter annehmen. Sobald sie großartiger und mächtiger wird, so wird es auch der Krieg, und das kann bis zu der Höhe steigen, wo der Krieg zu seiner absoluten Gestalt gelangt.“ Auch zahlreiche andere Sätze beweisen, wie sehr jede spezifisch politische Erwägung auf jenen politischen Kategorien beruht, insbesondere z. B. die Ausführungen über Koalitionskriege und Bündnisse, a. a. O., S. 135 ff. und bei H. Rothfels, Carl von Clausewitz, Politik und Krieg, Berlin 1920, S. 198, 202.

hätte.
Dipl
gesch
der S
und
Mögl
Hanc
spezi

Da
dung
Feinc
nicht
Begr
ser le
Feinc
gäbe,
selbst
Verm
Kämp
keit
Entsc

Da
den C
heute
sie do
tigen
figke
Krieg
gerad
der I
zeigt
Freu
Lebe

Eir
seitig
eine
desse
sehr
Intriq

hätte. Darauf beruht die Richtigkeit des Satzes, den ein englischer Diplomat ausgesprochen hat: der Politiker sei für den Kampf besser geschult als der Soldat, weil der Politiker sein ganzes Leben kämpfe, der Soldat aber nur ausnahmsweise. Der Krieg ist durchaus nicht Ziel und Zweck oder gar Inhalt der Politik, wohl aber ist er die als reale Möglichkeit immer vorhandene *Voraussetzung*, die das menschliche Handeln und Denken in eigenartiger Weise bestimmt und dadurch ein spezifisch politisches Verhalten bewirkt.

Darum bedeutet das Kriterium der Freund- und Feindunterscheidung auch keineswegs, daß ein bestimmtes Volk ewig der Freund oder Feind eines bestimmten anderen sein müßte, oder daß eine Neutralität nicht möglich oder nicht politisch sinnvoll sein könnte. Nur steht der Begriff der Neutralität, wie jeder politische Begriff, ebenfalls unter dieser letzten Voraussetzung einer realen Möglichkeit der Freund- und Feindgruppierung, und wenn es auf der Erde nur noch Neutralität gäbe, so wäre damit nicht nur der Krieg, sondern auch die Neutralität selbst zu Ende, ebenso wie es mit jeder Politik, auch einer Politik der Vermeidung des Kampfes, zu Ende ist, wenn die reale Möglichkeit von Kämpfen überhaupt entfällt. Maßgebend ist immer nur die Möglichkeit dieses entscheidenden Falles, des wirklichen Kampfes, und die Entscheidung darüber, ob dieser Fall gegeben ist oder nicht.

Daß dieser Fall nur ausnahmsweise eintritt, hebt seinen bestimmenden Charakter nicht auf, sondern begründet ihn erst. Wenn die Kriege heute nicht mehr so zahlreich und alltäglich sind wie früher, so haben sie doch in gleichem oder vielleicht noch stärkerem Maße an überwältigender totaler Wucht zugenommen, wie sie an zahlenmäßiger Häufigkeit und Alltäglichkeit abgenommen haben. Auch heute noch ist der Kriegsfall der „Ernstfall“. Man kann sagen, daß hier, wie auch sonst, gerade der Ausnahmefall eine besonders entscheidende und den Kern der Dinge enthüllende Bedeutung hat. Denn erst im wirklichen Kampf zeigt sich die äußerste Konsequenz der politischen Gruppierung von Freund und Feind. Von dieser extremsten Möglichkeit her gewinnt das Leben der Menschen seine spezifisch *politische* Spannung.

Eine Welt, in der die Möglichkeit eines solchen Kampfes restlos beseitigt und verschwunden ist, ein endgültig pazifizierter Erdball, wäre eine Welt ohne die Unterscheidung von Freund und Feind und infolgedessen eine Welt ohne Politik. Es könnte in ihr mancherlei vielleicht sehr interessante Gegensätze und Kontraste geben, Konkurrenzen und Intrigen aller Art, aber sinnvollerweise keinen Gegensatz, auf Grund

der belli-
tisch. Sie
ne Revo-
lution
itärische
r Politik
meistens
strategi-
die aber
er Feind
offen als
gekenn-
deshalb
u lösen

einschaft
as Wesen
tz entge-
r siegrei-
u jenem
Weltge-
rstellung
Inkom-
ung des
philoso-
icht die
ler, und
ann die
eilen.

rieg ist
er Mit-
erdings
it noch
ht etwa
Feind-
ie Son-
ogik“.
nd die-
Politik
chtiger
Krieg
n, wie
beruht,
a. O.,
1920,

dessen von Menschen das Opfer ihres Lebens verlangt werden könnte und Menschen ermächtigt werden, Blut zu vergießen und andere Menschen zu töten. Auch hier kommt es für die Begriffsbestimmung des Politischen nicht darauf an, ob man eine derartige Welt ohne Politik als Idealzustand herbeiwünscht. Das Phänomen des Politischen läßt sich nur durch die Bezugnahme auf die reale Möglichkeit der Freund- und Feindgruppierung begreifen, gleichgültig, was für die religiöse, moralische, ästhetische, ökonomische Bewertung des Politischen daraus folgt.

Der Krieg als das extremste politische Mittel offenbart die jeder politischen Vorstellung zugrunde liegende Möglichkeit dieser Unterscheidung von Freund und Feind und ist deshalb nur so lange sinnvoll, als diese Unterscheidung in der Menschheit real vorhanden oder wenigstens real möglich ist. Dagegen wäre ein aus „rein“ religiösen, „rein“ moralischen, „rein“ juristischen oder „rein“ ökonomischen Motiven geführter Krieg sinnwidrig. Aus den spezifischen Gegensätzen dieser Gebiete menschlichen Lebens läßt sich die Freund- und Feindgruppierung und deshalb auch ein Krieg nicht ableiten. Ein Krieg braucht weder etwas Frommes, noch etwas moralisch Gutes, noch etwas Rentables zu sein; heute ist er wahrscheinlich nichts von alledem. Diese einfache Erkenntnis wird meistens dadurch verwirrt, daß religiöse, moralische und andere Gegensätze sich zu politischen Gegensätzen steigern und die entscheidende Kampfgruppierung nach Freund oder Feind herbeiführen können. Kommt es aber zu dieser Kampfgruppierung, so ist der maßgebende Gegensatz nicht mehr rein religiös, moralisch oder ökonomisch, sondern politisch. Die Frage ist dann immer nur, ob eine solche Freund- und Feindgruppierung als reale Möglichkeit oder Wirklichkeit vorhanden ist oder nicht, gleichgültig, welche menschlichen Motive stark genug sind, sie zu bewirken.

Nichts kann dieser Konsequenz des Politischen entgehen. Würde die pazifistische Gegnerschaft gegen den Krieg so stark, daß sie die Pazifisten gegen die Nicht-Pazifisten in den Krieg treiben könnte, in einen „Krieg gegen den Krieg“, so wäre damit bewiesen, daß sie wirklich politische Kraft hat, weil sie stark genug ist, die Menschen nach Freund und Feind zu gruppieren. Ist der Wille, den Krieg zu verhindern, so stark, daß er den Krieg selbst nicht mehr scheut, so ist er eben ein politisches Motiv geworden, d. h. er bejaht, wenn auch nur als extreme Eventualität, den Krieg und sogar den Sinn des Krieges. Gegenwärtig scheint das eine besonders aussichtsreiche Art der Rechtfertigung von

Kri
„en
we
sie,
sch
Sch
ver
zu
sich
no
Fei

J
ger
ger
rer
eig
sor
ten
ten
sch
es
sor
sch
ne
de
Ar
Ge
sch
inc
im
zu
de
ma
sei
tes
nic

Kriegen zu sein. Der Krieg spielt sich dann in der Form des jeweils „endgültig letzten Krieges der Menschheit“ ab. Solche Kriege sind notwendigerweise besonders intensive und unmenschliche Kriege, weil sie, *über das Politische hinausgehend*, den Feind gleichzeitig in moralischen und anderen Kategorien herabsetzen und zum unmenschlichen Scheusal machen müssen, das nicht nur abgewehrt, sondern definitiv *vernichtet* werden muß, also nicht mehr nur ein in seine Grenzen zurückzuweisender Feind ist. An der Möglichkeit solcher Kriege zeigt sich aber besonders deutlich, daß der Krieg als reale Möglichkeit heute noch vorhanden ist, worauf es für die Unterscheidung von Freund und Feind und für die Erkenntnis des Politischen allein ankommt.

4.

Jeder religiöse, moralische, ökonomische, ethnische oder andere Gegensatz verwandelt sich in einen politischen Gegensatz, wenn er stark genug ist, die Menschen nach Freund und Feind effektiv zu gruppieren. Das Politische liegt nicht im Kampf selbst, der wiederum seine eigenen technischen, psychologischen und militärischen Gesetze hat, sondern, wie gesagt, in einem von dieser realen Möglichkeit bestimmten Verhalten, in der klaren Erkenntnis der eigenen, dadurch bestimmten Situation und in der Aufgabe, Freund und Feind richtig zu unterscheiden. Eine religiöse Gemeinschaft, die als solche Kriege führt, sei es gegen die Angehörigen anderer religiöser Gemeinschaften, sei es sonstige Kriege, ist über die religiöse Gemeinschaft hinaus eine politische Einheit. Sie ist auch dann eine politische Größe, wenn sie nur in negativem Sinne eine Einwirkungsmöglichkeit auf jenen entscheidenden Vorgang hat, wenn sie in der Lage ist, durch ein Verbot an ihre Angehörigen Kriege zu verhindern, d. h. die Feindesqualität eines Gegners maßgebend zu verneinen. Dasselbe gilt für eine auf ökonomischer Grundlage beruhende Vereinigung von Menschen, z. B. für einen industriellen Konzern oder für eine Gewerkschaft. Auch eine „Klasse“ im marxistischen Sinn des Wortes hört auf, etwas rein Ökonomisches zu sein und wird eine politische Größe, wenn sie an diesen entscheidenden Punkt gelangt, d. h. wenn sie mit dem Klassen-„Kampf“ Ernst macht und den Klassengegner als wirklichen Feind behandelt und ihn, sei es als Staat gegen Staat, sei es im Bürgerkrieg innerhalb eines Staates, bekämpft. Der wirkliche Kampf spielt sich notwendigerweise dann nicht mehr nach ökonomischen Gesetzen ab, sondern hat – neben den